

Bunkermuseum: Ministerium kritisiert und macht Hoffnung

WIEN, ARNOLDSTEIN. Das Verteidigungsministerium verteidigt sich: Schon 2009 habe man den Bunkerbetreiber darauf hingewiesen, dass kein Grund für eine Ausnahmegewilligung für den Besitz von Kriegsmaterial vorliege. Die Möglichkeit, den Bunker als Außenstelle des Heeresgeschichtlichen Museums weiterzuführen, habe der alte Betreiber zunichtegemacht, weil er den Grund an der

Kärntner-slowenischen Grenze – gegen den Willen der Fachabteilung – gekauft habe. Die Liegenschaft wurde vom Bund übernommen, um das Kriegsmaterial sicherzustellen – auch zum Rechtsschutz des Betreibers.

Das Ministerium ist laut APA daran interessiert, dass das Museum weiter besteht. Der Vorschlag, dass ein anderes Vereinsmitglied als Betreiber auftritt, werde derzeit geprüft.